

presente

Bulletin der Romero Initiative www.ci-romero.de 2/2023

CIR romero
initiative
STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

Feministin
aus Nicaragua
im Exil
(Seite 4-6)

Menschenrechtsverteidiger*innen
in Mittelamerika

**IHR MUT
VERDIEN
SCHUTZ!**

POEMA A SANTA MARTA
al fin, que cada cual inza

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

unfreie Wahlen, gewaltvoll niedergeschlagene Demonstrationen, verfolgte Journalist*innen und ermordete Menschenrechtsverteidiger*innen – solche Nachrichten aus unseren Partnerländern in Mittelamerika begegnen uns mittlerweile fast täglich. Die Repressionen, denen die Bevölkerung dort ausgesetzt ist, sind Ausdruck immer kleiner werdender zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume. Dem Rechercheinstrument CIVICUS-Monitor zufolge leben nur 3,2 % der Weltbevölkerung in Staaten mit offenem zivilgesellschaftlichem Raum. Ein Abwärtstrend ist weltweit, in Mittelamerika und auch in Deutschland zu beobachten. „Als erstes waren da Angst und Ohnmacht, die bis heute anhalten. Und die Situation für uns wird immer schlimmer.“ Das berichtet Vidalina Morales, Präsidentin der Menschenrechtsorganisation ADES aus El Salvador, angesichts der staatlichen Repressionen.

Menschenrechtsverteidiger*innen sind in besonderem Maße von Repressionen betroffen. Gemeint sind alle Personen und Gruppen, die öffentlich für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten eintreten und Rechtsbrüche anprangern. Dies erfordert keine bestimmte Qualifikation. Es gibt Menschenrechtsverteidiger*innen in Diktaturen und auch Demokratien. Oftmals riskieren sie mit ihrem Einsatz ihre physische und psychische Gesundheit, sogar ihr Leben.

In dieser *presente* beleuchten wir die Verbindung von kleiner werdenden Handlungsräumen für die Zivilgesellschaft mit der systematischen Unterdrückung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Mittelamerika. Wir stellen einzelne Schicksale vor, die stellvertretend für die Situation vieler Betroffener weltweit stehen. Und wir stellen die Frage, was wir tun können, um zu helfen.

Denn diese Ausgabe macht deutlich, dass die zunehmende Unterdrückung und Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger*innen neben Menschenleben auch demokratische Werte global gefährdet. Für uns in Deutschland erscheinen solche Probleme schnell weit entfernt, nicht veränderbar. Das trügt. Es ist wichtig, dass wir Betroffenen zuhören, uns solidarisieren und uns aktiv für demokratische Werte und Menschenrechte einsetzen. Wie Carlos Choc, verfolgter Journalist aus Guatemala, der uns auf die Frage, was ihm Hoffnung mache, sagte: „An dem Tag, an dem wirklich alle ihre Stimme erheben, wird die Regierung nicht in der Lage sein, alle zu unterdrücken und ins Gefängnis zu stecken.“

Damit wünschen wir eine bewegende und mutmachende Lektüre!

Ihr / Euer CIR-Team

Das Titelbild zeigt Vidalina Morales, Vorsitzende der Umweltorganisation ADES aus El Salvador. Sie demonstriert am 1. Mai 2023 für die Freilassung von fünf Gemeindevertretern aus Santa Marta, darunter zwei ADES-Mitarbeiter, die Mitte Januar willkürlich inhaftiert wurden.



THEMA

Menschenrechte verteidigen!

4 ANONYM

Aus dem Exil

Wie Menschenrechtsarbeit in Nicaragua erschwert wird

7 KIRSTEN CLODIUS, PAULA WICKE (CIR)

Kaum Spielraum

Die Allmacht des Staates

10 JOANA EINK, SINA TRÖLENBERG (CIR)

„Ich bin Journalist, kein Krimineller“

Porträt von Carlos Choc

13 ANABELLA SIBRIÁN

Ein nicht enden wollender Kampf

Schutzstrukturen für Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika

MITTELAMERIKA

18 CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

GUATEMALA

Im Wahljahr

Der Kampf um den Erhalt der Demokratie

21 KIRSTEN CLODIUS (CIR)

HONDURAS

Noch Luft nach oben

Eine Zwischenbilanz zu Castros Präsidentschaft

Schnelle Hilfe in Not



**MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN-
FONDS** der CIR

Unser neuer Fonds unterstützt und schützt Menschenrechtsverteidiger*innen in Not. Infos auf Seiten 6 und 28.



KAMPAGNE

24 SARAH LETHMATE (CIR)

Endspurt für das EU-Lieferkettengesetz

Wo wir heute stehen

24 SANDRA DUSCH, SARAH LETHMATE (CIR)

Hoffnung für Landlose und

Kleinbäuerinnen und -bauern

Journalist*innenreise nach Brasilien

ÜBER UNS

28 MARIA WILMER (CIR)

Der Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR

Ein besonderer Nachlass für die Zukunft

30 Neues aus dem CIR-Team

31 Bestellschein

Diese *presente* könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren?

Bestellen Sie gerne mit einer E-Mail (shop@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare.

FOTO: JUAN ADOBESTOCK.COM 170900006

IMPRESSUM



Herausgeberin:

Christliche Initiative Romero e.V.
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Tel. +49 (0)251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0)251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:

Kirsten Clodius,
Sandra Dusch,
Joana Eink (V.i.S.d.P.),
Miriam Instenberg,
Sarah Lethmate,
Andréa Moraes Barros
Anne Nibbenhagen,
Maik Pflaum, Sina
Trölenberg, Kristin Weidner,
Paula Wicke, Maria Wilmer,
Christian Wimberger

Lektorat:

Joana Eink,
Miriam Instenberg,
Jan Weller

Druck: Druckservice Roxel,
Münster, Mai/Juni 2023

Layout: Edith Jaspers

Gedruckt auf
100 % Recyclingpapier

Spenden an die CIR

DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.

Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Teile der Veröffentlichung wurden mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW und von Engagement Global im Auftrag des BMZ ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Zuwendungsgeber angesehen werden.





Öffentliches Eintreten für Menschenrechte – in Nicaragua ist das nicht mehr möglich.

Aus dem Exil

Wie Menschenrechtsarbeit in Nicaragua erschwert wird

*Eine prominente Feministin und Frauenrechtsverteidigerin aus Nicaragua, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben muss, lebt seit 2022 im Exil in Costa Rica. Sie berichtet von ihrer Geschichte der Repression, die sinnbildlich für die Schicksale vieler Menschenrechtsverteidiger*innen in Nicaragua und Mittelamerika steht.*

ÜBERSETZUNG, TEXT: PAULA WICKE, MIRIAM INSTENBERG (BEIDE CIR)

„ Ich wurde Mitte 2022 an der Einreise in mein Heimatland Nicaragua gehindert, nachdem ich an einer regionalen Frauenkonferenz im Ausland teilgenommen hatte. Ich war dazu gezwungen, in Costa Rica Zuflucht zu suchen, und verbringe hier den größten Teil meines politischen Exils. Unsere Nicht-Regierungsorganisation (NRO) musste ihre Räumlichkeiten verlassen und ihre Arbeit abrupt beenden. Sie ist eine von vielen Organisationen in Nicaragua, deren Rechtspersönlichkeit aberkannt und Vermögen beschlagnahmt wurde.

In den letzten fünf Jahren ist in Nicaragua de facto ein Polizeistaat entstanden, der jegliche Form von zivilen Demonstrationen im öffentlichen Raum verhindert. Mehr als 3.200 zivilgesellschaftliche Organisationen mussten schließen. Viele von ihnen leisteten mit ihrer Arbeit wichtige Hilfe für vulnerable Gruppen und setzten sich für die Verteidigung der Menschenrechte sowie demokratische Werte ein. Auch die unabhängige Presse ist betroffen: Mehr als 185 Journalist*innen leben im Exil, Medienhäuser und kommunale Radiosender wurden ge-

schlossen. Hunderte Aktivist*innen sahen sich gezwungen, aus dem Land zu fliehen. Einige wurden ohne Angabe von Gründen an der Einreise nach Nicaragua gehindert. Hunderte politische Gefangene und Nicaraguaner*innen sind ins Exil verbannt und für staatenlos erklärt worden.

Vernehmung und Haft für Frauen besonders grausam

Frauen sind besonders gefährdet: Die Unterdrückung von weiblichen Aktivist*innen ist zweifellos von Frauenfeindlichkeit geprägt. Denn sie nehmen einen öffentlichen Raum ein, der ihnen vermeintlich nicht zusteht. Von der Polizei festgenommene Frauen berichten von besonderer Grausamkeit. Sie werden vom Vernehmungs- und Gefängnispersonal beleidigt und sexuell und emotional misshandelt. Auch ihre Haftbedingungen sind geprägt von großer Brutalität. Regelmäßig sind Aktivistinnen Erpressungen, Bedrohungen und öffentlichen Verleumdungskampagnen ausgesetzt, die sie zum Schweigen bringen oder zum Verlassen des Landes zwingen sollen.

Die Diffamierung und Verfolgung von feministischen Organisationen ist nichts Neues: Schon seit 2007 herrscht eine Politik der Feindseligkeit und der Exklusion gegenüber feministischen Aktivist*innen. Denn sie handelten von Anfang an unabhängig und kritisierten beispielsweise die Kriminalisierung der Abtreibung, männliche Gewalt und fehlende Politik für sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen.

Das Überleben wird immer schwieriger

Die Atmosphäre der Überwachung und Zensur im Land betrifft uns als NRO-Mitarbeitende persönlich, hat aber auch die Arbeitsdynamik unseres Teams und die unserer Netzwerke drastisch gestört. Überleben

ist angesichts des fehlenden Einkommens und der steigenden Lebenshaltungskosten immer schwieriger. Unsere zumeist jungen Mitarbeitenden sind arbeitslos und haben somit keinen Zugang zur Sozialversicherung. Einige von ihnen mussten sogar unter illegalen Bedingungen auswandern. Diese Situation hat starke Auswirkungen auf alle Lebensbereiche von uns und anderen Menschenrechtsverteidiger*innen. Erzwungene Vertreibung, Bedrohung, Schwierigkeiten, das



Die zunehmende Repression in Nicaragua begann mit der gewaltsamen Unterdrückung von Protesten der Bevölkerung gegen eine Rentenreform im Frühjahr 2018.

tägliche Leben zu organisieren, Trennung von der Familie und Schwächung von Unterstützungsnetzwerken sind nur einige von vielen Belastungen, die wir aushalten müssen. Zu den Ängsten und Unsicherheiten kommt die Notwendigkeit, ein Einkommen sicherzustellen, um Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Geeinten Widerstand aufrechterhalten

Um weiter arbeiten zu können, benötigen wir Unterstützung! Zum einen müssen wir Alternativen finden, die es uns erlauben, uns im Ausland neu aufzustellen. Nur so können wir unsere Arbeit fortsetzen. Ein weiterer Pfeiler, >

für den wir Geld benötigen, ist die Ausweitung unserer Arbeit mit Exil-Nicaraguaner*innen. Wir möchten zum Aufbau von Netzwerken beitragen, um einen politischen Übergangsprozess anzustoßen. Andererseits brauchen wir Ressourcen, um die Gehälter des Teams bezahlen und die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen gewährleisten zu können.

Wir müssen den geeinten und gewaltfreien Widerstand aufrechterhalten! Gleichzeitig ist die Unterstützung von UN-Institutionen, demokratischen Regierungen wie der deutschen, und zivilgesellschaftlichen Organisationen für uns unerlässlich.

Bei uns herrscht eine ständige Anspannung aufgrund der Gefahren und Hindernisse, die sich aus unserer Arbeit und der Schließung der zivilen Räume ergeben. Trotz allem werden wir uns als Frauenrechtsorganisation weiter für die Verteidigung der Menschenrechte von Frauen und Dissident*innen einsetzen! Wenn man die Rolle berücksichtigt, die wir vor und seit der Krise spielen, wird deutlich, dass wir eine der ethisch und politisch solidesten Bewegungen der Welt sind. Wir müssen und werden auf dieser Stärke aufbauen, auch unter den Bedingungen des Untergrundes und des Exils. ■ **“**

Schnelle Hilfe in Not



MENSCHENRECHTS- VERTEIDIGER*INNEN- FONDS der CIR

Seit Jahrzehnten setzt sich die Romero Initiative (CIR) für Menschenrechte und den Schutz derer ein, die sie verteidigen: Gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen betreiben wir politische Lobbyarbeit und fördern Aufklärungskampagnen über das Recht, Menschenrechte zu verteidigen.

Angesichts der dramatisch zunehmenden Repression gegen die Verteidiger*innen von Menschenrechten haben wir nun den Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds ins Leben gerufen. Mit den Geldern aus dem Fonds können wir Unterstützungsmaßnahmen finanzieren, um Verfolgten in Notsituationen schnell und unbürokratisch zu helfen. Dazu gehören eine sichere, temporäre Unterkunft inklusive Verpflegung, ebenso wie juristische Beratung oder die kurzfristige Überbrückung von Lohnausfall. Auch psychologische Beratung, Kampagnen für Freilassungen und (inter)nationale Solidarität sowie sichere Transporte und die Begleitung bei Behördengängen können lebenswichtig sein.

Treten wir gemeinsam für eine Welt ein, in der alle ihre Rechte genießen und verteidigen können, ohne um ihr Leben zu fürchten! **Wir bitten um Ihre Spende unter dem Stichwort „MRV-Fonds“.** Vielen Dank für Ihre Solidarität.

Wem wir die finanzielle Unterstützung zum Aufbau des Fonds zu verdanken haben, erfahren Sie auf Seite 28-29. Weitere Infos zum Fonds gibt es im neuen Flyer (siehe Bestellschein S. 31) und unter: www.ci-romero.de/spenden/mrv-fonds



Forderung nach Libertad - Freiheit für fünf Vertreter der Gemeinde Santa Marta in El Salvador, die im Januar willkürlich inhaftiert wurden. Vermutlich wegen ihres Widerstands gegen den Bergbau.

Kaum Spielraum

Die Allmacht des Staates

*Immer häufiger fällt in der entwicklungspolitischen Debatte der Begriff der „Shrinking Spaces“. Shrinking Spaces (wörtlich: schrumpfende Räume) meint die zunehmende Einschränkung der zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume, zumeist durch repressive Regierungen. Diese Tendenzen sind weltweit zu beobachten, auch in Ländern, die als demokratisch gelten. Wie äußern sich Shrinking Spaces in unseren Partnerländern in Mittelamerika? Und was bedeutet der verringerte Handlungsspielraum für Aktivist*innen, Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gesellschaft?*

TEXT: KIRSTEN CLODIUS UND PAULA WICKE (BEIDE CIR)

Ziele der systematischen Einschränkung von zivilgesellschaftlichem Handeln sind politischer Machterhalt und die Sicherung wirtschaftlicher Interessen der Eliten. Kritik und Protest, vor allem in organisierter Form, sollen im Keim erstickt werden. Zentrales Instrument hierfür ist die Beschneidung fundamentaler Rechte der Bevölkerung, wie

Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Zum anderen werden Menschenrechtsverteidiger*innen und NRO gezielt in ihrer Arbeit behindert. Vielerorts riskieren sie mit ihrem Einsatz ihr Leben. Sie werden verfolgt, stigmatisiert, zu Unrecht verhaftet, verletzt oder gar ermordet. Einige verschwinden spurlos.



Mehr Länder setzen auf Unterdrückung und Verfolgung

Unsere Partnerorganisation CALDH, ein guatemaltekisches Menschenrechtszentrum, beobachtet die Muster der Unterdrückung seit langem: „Es ist eine Strategie der Überwachung und Kontrolle. Menschenrechtsverteidiger*innen in allen Bereichen werden bedroht, angegriffen und verleumdet. In Guatemala werden u.a. soziale Netzwerke und Medien genutzt, um Informationen zu kontrollieren und Desinformation zu betreiben. Auch Richter*innen und Staatsanwält*innen, die Fälle von Straflosigkeit und Korruption vor Gericht gebracht haben, sind Angriffen und Drohungen ausgesetzt.“

Die Folgen: Immer mehr zivilgesellschaftliche Akteur*innen müssen fliehen. Der CIVICUS-Monitor¹ hat für das Jahr 2022 festgestellt, dass sich weltweit die Anzahl an Ländern, in denen Menschenrechtsvertei-

diger*innen verfolgt werden, in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt hat. Auf Lateinamerika entfällt dabei eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Ermordungen von Menschenrechtsverteidiger*innen. Auch die Zahlen für die Region Mittelamerika sind erschreckend: Fast 100 Menschenrechtsverteidiger*innen wurden in den letzten drei Jahren dort ermordet, Honduras ist trauriger Spitzenreiter.

Restriktive NRO-Gesetze

Ein weiterer Mechanismus von Staaten zur Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume ist das Erlassen von restriktiven NRO-Gesetzen. Gerade in Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua sind tausende NRO betroffen – so auch unsere Partnerorganisation CALDH: „Wir sind derzeit mit einem neuen NRO-Gesetz konfrontiert, das darauf abzielt, Vereinigungen und

48% der getöteten Menschenrechtsverteidiger*innen setzen sich für Landrechte, Umweltrechte oder Indigenen-Rechte ein

17% der getöteten Menschenrechtsverteidiger*innen identifizieren sich als Frauen

Die häufigsten Arten von Bedrohungen, denen Menschenrechtsverteidiger*innen in Latein- und Mittelamerika ausgesetzt sind:

17,1% Morddrohungen

15,1% körperliche Angriffe

14,7% Überwachung

14,7% Verhaftung/Arrest

10,2% sonstige Belästigung

Quelle: Front Line Defenders Global Analysis 2022

¹) Der CIVICUS-Monitor ist ein Forschungsinstrument, das Informationen über die aktuelle Situation der Zivilgesellschaft und der bürgerlichen Freiheiten in 196 Ländern liefert. Die Daten werden aus einer Reihe unabhängiger Quellen gesammelt und unter Anwendung einer komplexen Methodik bewertet.

Guapinol widersetzt sich!
So lautet die Botschaft auf dem
Plakat einer Demonstrantin, die
sich für die Freiheit inhaftierter
Menschenrechtsverteidiger*innen
aus Guapinol, Honduras, einsetzt.



Organisationen aufzulösen und/oder zu unterdrücken, die internationale Zusammenarbeit zu kontrollieren und den Einsatz für Menschenrechte zu diskreditieren. Hinzu kommt eine unangemessene Anwendung des Strafrechts: Fälle werden ohne Rechtsgrundlage verfolgt, fadenscheinig begründet und beruhen letztendlich auf Erpressung.“

Corona und Ausnahmezustände als Vorwand

Insbesondere seit der Coronakrise verwenden Regierungen in Mittelamerika rechtliche Hebel zum Zwecke der Repression. So nutzten einige Staaten die pandemische Situation systematisch, um zivilgesellschaftliche Freiheiten weiter einzuschränken und gezielt Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen. Auch das zeitweilige Ausrufen des Ausnahmezustands in Guatemala, El Salvador und Honduras, unter Begründung des Kampfes gegen Bandenkriminalität, ermöglicht das Untergraben von Gesetzen. In diesem Rahmen wurden Befugnisse der Polizei und der Sicherheitskräfte erweitert. Diese übten teilweise exzessiven Machtmissbrauch aus gegen Personen, die sich zum Beispiel nicht an die Ausgangssperre oder das Versammlungsverbot hielten. Allein in El Salvador wurden seit Verhängung des Ausnahmezustands (März 2022) bis Mai 2023 über 60.000 Personen verhaftet, viele davon willkürlich.

Feindbild Aktivistin/Feministin

Diskriminierung von Frauen und LGBTI*-Personen macht auch im Kontext von Shrinking Spaces nicht Halt. Einer aktuellen Analyse von „Front Line Defenders“ zufolge, einer irischen Organisation zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, sind Frauen, die für ihre eigenen Rechte kämpfen, überproportional häufig von Repression betroffen. Der Hass, den sie erleben, fußt auf traditionell patriarchalen Gesellschaftsstrukturen und

wird oftmals vonseiten des Staates gedeckt. Frauen indigener Herkunft erfahren auf dieser Ebene zusätzlich Diskriminierung. Hinzu kommt, dass weibliche Menschenrechtsverteidigerinnen Sorgearbeit in der Familie häufig allein verantworten. Somit ist es für sie kaum möglich, in Gefahrensituationen unterzutauchen oder ihre Arbeit aufzugeben.

Ähnliches gilt für Menschen, die die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI*) verteidigen. Ihre Unterdrückung wird im öffentlichen Diskurs in Mittelamerika oft nicht einmal als Problem benannt. In Komplizenschaft mit der Kirche lassen die Staaten keinen Raum für den Einsatz für LGBTI*-Rechte zu und zählen bei repressivem Vorgehen auf den breiten Rückhalt der Gesellschaft. In den meisten Fällen, so auch in Honduras, sind diejenigen, von denen die Aggression ausgeht, Angestellte staatlicher Einrichtungen, aus der Gesundheitsversorgung und der Polizei. Gerade diese Personen haben die Macht, Menschenrechtsverteidiger*innen in ihrem Zugang zu Gesundheitsversorgung oder zur Justiz zu behindern und sie ihrer Rechte zu berauben.

Shrinking Spaces sind eine große Gefahr, nicht nur für Akteur*innen der Zivilgesellschaft, sondern auch für demokratische Werte und die Verteidigung der Menschenrechte. Umso wichtiger ist es, über diese Entwicklung zu informieren und uns dafür einzusetzen, dass zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume erhalten bleiben. ■



Porträt von Carlos Choc

„Ich bin Journalist, kein Krimineller“

Carlos Choc Ende April 2023 in Berlin, trotz extremer Widrigkeiten im Einsatz für die Rechte der Maya Q'eqchi' in Guatemala

Vor einem Jahr haben wir in der presente 2/2022 bereits über Carlos Choc berichtet. Der guatemaltekische Journalist untersuchte 2017 die schmutzigen Machenschaften rund um die Nickelmine Fénix am Izabal-See und wird seitdem kriminalisiert. Seiner Arbeit kann er nur noch eingeschränkt nachgehen. Trotzdem ist er im Frühjahr auf Europareise und ruft zu internationaler Solidarität und Berichterstattung auf. Wir haben ihn in Berlin getroffen.

TEXT: EINK UND TRÖLENBERG (BEIDE CIR); ÜBERSETZUNG: EINK UND WEIDNER (BEIDE CIR)

„Für mich gibt es keine Demokratie, es gibt keinen Rechtsstaat, es gibt keine Pressefreiheit, keine Garantie auf Gesundheitsversorgung oder demokratische Mitsprache.“

Diese klaren und ernüchternden Worte von Carlos Ernesto Choc Chub zur Lage in Guatemala fallen gleich zu Beginn unseres Treffens am 25. April im Berliner Büro des Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL).

Carlos hat Unglaubliches erlebt. Und doch – oder gerade deswegen – nimmt er kein Blatt vor den Mund. Er möchte nicht zuschauen,

wie Demokratie und Pressefreiheit begraben werden. Trotz zweier Strafverfahren gegen ihn in den vergangenen sechs Jahren, von denen eins noch offen ist, erhebt er weiter seine Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen und Repression. Er berichtet offen über seine Arbeit, die Lage der indigenen Bevölkerungsgruppe der Maya Q'eqchi', zu der er selbst gehört, und die politische Situation in Guatemala. Dennoch ist ihm die extreme Belastung anzumerken. Gegen Ende unseres Gesprächs ist Choc merkbar müde. Er teilt mit uns, dass er seit Tagen Kopf- und Augenschmerzen hat und sehr erschöpft ist.

„Jede Nacht werde ich von Nachrichten geweckt. Entweder von Menschen, die sich um mich und meine Sicherheit sorgen, oder von solchen, die mich attackieren.“

Jahrelange Schikane

Angefangen hat alles mit Carlos Chocs Recherchen zum Umweltskandal in seiner Heimatstadt El Estor. Hier bedroht die Nickelmine Fénix des Schweizer Bergbauunternehmens Solway Investment Group durch Waldrodung, Luft- und Wasserverschmutzung die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung. Bei Protesten gegen die Mine im Jahr 2017 wird ein Fischer von der Polizei erschossen. Choc fotografiert und filmt den Vorfall und wird seitdem strafrechtlich verfolgt. In einem ersten Gerichtsverfahren wird ihm die Anstiftung zu einer Straftat sowie die Teilnahme an illegalen Zusammenkünften vorgeworfen. Erst im September 2022 wird Choc mangels Beweise freigesprochen. Fünf Jahre, in denen Prozesstermine immer wieder verschoben wurden, seine Unterkünfte durchsucht und sein Equipment beschlagnahmt wurden. Fünf Jahre, in denen Drohungen zum Alltag wurden, Carlos immer wieder untertauchen musste und nicht in seiner Gemeinde leben konnte.

Carlos Choc bezeichnet sich als kommunikativer Journalist der Maya-Q'eqchi', der über Themen berichtet, die die indigene Bevölkerung umtreiben. Das sind vor allem der Klimawandel, die Auswirkungen der Rohstoffindustrie und der Monokulturen sowie die Militarisierung im Land. *„Manchmal fühlt man sich angesichts all dessen ohnmächtig“*, gesteht er uns.

Journalist in Lebensgefahr

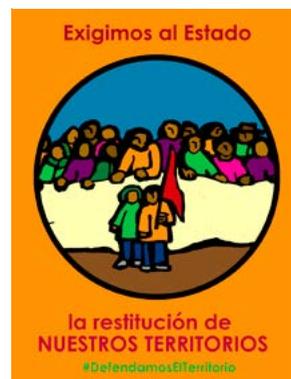
Kritische, unabhängige Journalist*innen wie Choc werden von der Regierung mittlerweile abfällig als Aktivist*innen bezeichnet; und somit politisiert und entsprechend unterdrückt.

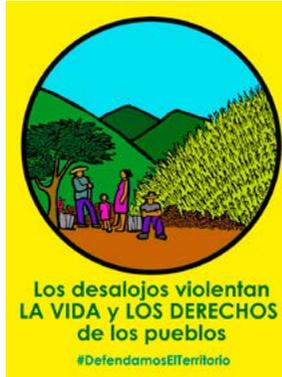
Damit ergeht es ihnen so wie tausenden Menschenrechtsverteidiger*innen in der Region. Die Bedrohungen, denen sie ausgesetzt sind, wirken sich auch auf ihre Familien aus. Choc ist es wichtig, sich nicht als Opfer darzustellen, doch seine Erzählungen machen uns sprachlos: Choc ist Vater zweier Kinder und hat eine Schwester; sie alle leiden unter seiner Verfolgung. Mehrfach stand die Polizei bewaffnet vor seinem Haus, bis er hinauskam. Sein Sohn ist 14 Jahre alt und war damals gezwungen, die Schule zu wechseln. Heute kann Choc nicht mit seinem Sohn nach draußen gehen. Seine Tochter lebt aus Sicherheitsgründen bei ihrer Mutter. Choc selbst kann nur eine Woche im Monat in El Estor leben, die anderen drei verbringt er woanders. Um Bewachung, Bedrohung und sogar Angriffe zu reduzieren.

Trotz allem – Chocs Recherche über die Beziehung der Solway Group zu europäischen Unternehmen wird fortgeführt und international veröffentlicht: Am 6. März 2022 erscheint diese unter dem Namen „Mining Stories“ in Zusammenarbeit mit dem Recherchenetzwerk „Forbidden Stories“. Solway versuchte demnach gezielt, die Umweltschäden zu vertuschen und die indigenen Gemeinden zu diskreditieren, die sich gegen die Mine engagierten.

Das zweite Strafverfahren folgt sogleich. Am 25. März 2022 wird Choc erneut angezeigt. Er wehrt sich und reicht eine Klage gegen die Nationale Zivilpolizei ein wegen Angriffen, denen er während der Berichterstattung über polizeiliche Repression in El Estor am 22. Oktober 2021 ausgesetzt war. >

Wir fordern vom Staat die Rückgabe unseres Territoriums.





Die Plakate der Kampagne zur Verteidigung des Territoriums, an der u.a. die CIR-Partnerorganisation CALDH beteiligt ist, drücken die Bedeutung von Land für die indigene Bevölkerung in Guatemala aus.

Links: Würde säen, Leben verteidigen.

Rechts: Zwangsräumungen verletzen das Leben und die Rechte der Menschen.

Unterstützt wird er von der CIR-Partnerorganisation CALDH, die an seiner juristischen Verteidigung beteiligt ist. Doch die Klage wird im Oktober 2022 eingestellt. Der Richter hatte sich geweigert, die eingereichten Berufungen anzuhören.

Im Rahmen des noch offenen Strafverfahrens gegen Choc steht im August 2023 eine Zwischenanhörung an, bei der entschieden wird, ob das Verfahren eingestellt wird oder es zu Gefängnisstrafen kommt. Choc richtet sich nun direkt an uns: *„Ich bitte die Nichtregierungsorganisationen, noch vor dem 22. August auf den Fall aufmerksam zu machen. Internationale Solidarität kann etwas bewirken. Und sich lautstark zu äußern, ist genau das, was der Regierung nicht gefällt.“*

Hoffnung auf Widerstand

Welche Perspektive Choc für seine Zukunft sieht, fragen wir ihn. Er ist zuversichtlich, dass sein Verfahren abgeschlossen wird. *„Aber die Regierung kann jederzeit einen neuen Fall „finden“. Auf Twitter werden sie mich sicher weiter angreifen. Sie werden mich immer als Bedrohung ansehen. Für ein drittes Strafverfahren fehlt mir allerdings die Kraft.“*

Angesichts der erschreckenden Berichte über die Abschaffung der Pressefreiheit, über Kriminalisierung und Korruption – nicht nur in Guatemala, sondern in ganz Mittelamerika

– fragen wir Choc nur zögernd, ob er auch Hoffnung verspürt. Seine Antwort: *„Die Hoffnung besteht darin, dass sich die Bevölkerung zunehmend wehren wird. Denn es herrscht Empörung über die Handlungen und Äußerungen der Regierung. An dem Tag, an dem wirklich alle ihre Stimme erheben, wird die Regierung nicht in der Lage sein, alle zu unterdrücken und ins Gefängnis zu stecken.“* ■

Schnelle Hilfe in Not



**MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN-
FONDS** der CIR

Menschen wie dem zu Unrecht kriminalisierten Journalisten Carlos Choc können wir dank Ihrer Spenden für den Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds helfen. Ein Beispiel: 50 Euro kostet eine umfassende juristische Beratung einer*eines behördlich verfolgten Menschenrechtsverteidiger*in.

**Bitte unterstützen Sie
Menschenrechtsverteidiger*innen
in Notsituationen.**

Stichwort «MRV-FONDS»



1. Mai 2023: Demo zur Freilassung von Gemeindevertretern aus Santa Marta, El Salvador, die vermutlich wegen ihres Widerstands gegen Bergbau inhaftiert wurden.

Ein nicht enden wollender Kampf

Schutzstrukturen für Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika

*Menschenrechtsverteidiger*innen in Mittelamerika leben gefährlich. Dabei gibt es Strukturen zu ihrem Schutz – sei es in Form von staatlichen Mechanismen, internationalen Vorgaben oder durch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen. Warum diese Schutzsysteme oft nicht greifen, analysiert Anabella Sibrián, Menschenrechtsverteidigerin aus Guatemala. Sie arbeitet als Direktorin von Protection International, einer gemeinnützigen Organisation, die sich dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen widmet.*

TEXT: ANABELLA SIBRIÁN
ÜBERSETZUNG: KRISTIN WEIDNER (CIR)



Sibrián leitet die internationale Plattform Pi gegen Straflosigkeit in Guatemala, Honduras und El Salvador. Der Verein sitzt in der Schweiz und hat Büros in Guatemala-Stadt und Tegucigalpa.

Der Blick auf die Menschenrechtsslage in Zentralamerika und den Schutz jener Personen, die sich für ihre Rechte einsetzen, löst Bedauern aus. In der Region ist es in den letzten zehn Jahren zu alarmierenden Rückschritten gekommen: 2020 entschied sich die Regierung Guatemalas, das Gremium zur Untersuchung von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger (Instancia de Análisis de Ataques contra Defensores de Derechos

Humanos) aufzulösen und stoppte die Ausarbeitung einer Strategie zu ihrem Schutz. El Salvador vereitelte den Versuch der Zivilgesellschaft, ein Gesetz zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen ins Leben zu rufen. Und Nicaragua zog nicht einmal in Erwägung, eine einzige Maßnahme einzuleiten, um die Pflicht des Staats zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen zu erfüllen.



Kein Vertrauen in staatlichen Schutzmechanismus

Nur Honduras zählt zu den Ländern mit einem System zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, der „Nationale Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger, Anwälte, Journalisten und Justizmitarbeiter“. Er wurde 2015 gesetzlich verankert, nachdem Honduras sich 2010 im Rahmen des UN-Prüfverfahrens UPR (Universal Periodic Review/allgemeine regelmäßige Überprüfung) dazu verpflichtet hat, mehr Schutz für Menschenrechtsverteidiger*innen zu gewährleisten, sowie als Resultat eines Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Trotz dieser Fortschritte im Land hat das Hohe Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Honduras festgestellt, dass weder die Begünstigten noch die Organisationen der Zivilgesellschaft diesem Schutzmechanismus volles Vertrauen entgegenbringen.

Die Skepsis kommt nicht von ungefähr. Schließlich handelt es sich um den staatlichen Mechanismus eines Landes, das seit über einem Jahrzehnt aktiv Menschenrechtsverletzungen begeht und in dem Angriffe auf – und sogar Ermordungen von – Menschenrechtsverteidiger*innen oft straffrei bleiben. Des Weiteren weist der Schutzmechanismus zahlreiche technische Schwächen auf.

Die Mesoamerikanische Initiative für weibliche Menschenrechtsverteidigerinnen (IM Defensoras) stärkt, vernetzt und schützt Aktivistinnen in ganz Mittelamerika.



Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die aktuelle Regierung konkrete Maßnahmen ergreift, die interinstitutionell koordiniert werden und einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten großen Unternehmen in Zentralamerika trotz Aufforderung der Vereinten Nationen zur Einhaltung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte ihre Praktiken nicht geändert haben: Sie beeinträchtigen weiterhin die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung und zahlreicher ländlicher Gemeinden mit ihren Projekten. Zudem sind gerade sie für den Großteil der Fälle der Kriminalisierung von Umweltschützer*innen verantwortlich. Diese Unternehmen haben erheblichen Einfluss auf staatliche Institutionen, hemmen die Arbeit der Justiz und nutzen soziale Netzwerke, um ihre Narrative zu verbreiten.

Die Rolle der Zivilgesellschaft und internationaler Abkommen

In Anbetracht des fehlenden Schutzes für Menschenrechtsverteidiger*innen vonseiten des Staates haben sich bäuerliche und feministische Organisationen, Zusammenschlüsse von Indigenen und Journalist*innen aus betroffenen Gemeinden in Zentralamerika eigene Schutzmechanismen aufgebaut. Hierbei stützen sie sich auf die Arbeit von spezialisierten Organisationen wie der honduranischen Menschenrechtsorganisation ACI Participa, den lokalen Menschenrechtsorganisationen UDEFEGUA in Guatemala und Cristosal in El Salvador sowie auf die Arbeit regionaler und internationaler Partner*innen wie Front Line Defenders oder die Mesoamerikanische Initiative für Menschenrechtsverteidigerinnen (IM Defensoras).

Zivilgesellschaftliche Organisationen greifen auf verschiedene internationale

Instrumente zurück, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen. Dazu gehören die Leitlinien der Europäischen Union und von Ländern wie Kanada, Norwegen oder der Schweiz. Auch das Interamerikanische Menschenrechtssystem, das UN-Prüfverfahren UPR sowie die Sonderverfahren des Menschenrats und der Fachausschüsse (UN Treaty Bodies/ UN-Vertragsorgane) werden häufig herangezogen. In Zentralamerika setzen sich die Organisationen verstärkt für die Unterzeichnung und Umsetzung des „Regionalen Abkommens für den Zugang zu Information, die öffentliche Teilnahme und den Zugang zur Justiz in Angelegenheiten der Umwelt in Lateinamerika und der Karibik“ ein, auch bekannt als „Escazú-Abkommen“. Dieses kommt insbesondere den am meisten gefährdeten Gruppen und Gemeinden in der Region zugute, die sich für den Umweltschutz einsetzen.



Unterzeichnung des Escazú- Abkommen in Chile 2022. Das Abkommen ist bisher von 25 Staaten unterzeichnet und von 15 ratifiziert.

Menschenrechte verteidigen. Früher oder später werden die zentralamerikanischen Staaten ihren Einwohner*innen und der internationalen Gemeinschaft gegenüber Rechenschaft ablegen müssen. In der Zwischenzeit werden die Menschenrechtsverteidiger*innen ihren Kampf mit Unterstützung der internationalen Solidarität fortsetzen. ■

Staaten müssen ihrer Schutzpflicht nachkommen!

Es bleibt eine große Herausforderung, Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen, vor allem wenn sie indigenen oder bäuerlichen Gemeinden angehören und von mächtigen Akteur*innen bedroht werden. Wenngleich einige Gemeinden und Organisationen sich um kollektive Schutzmechanismen bemühen, kann der Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen nicht länger allein in der Verantwortung von Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen liegen. Die Staaten sind verpflichtet, ein sicheres und befähigendes Umfeld für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen zu schaffen. Das beinhaltet den Einsatz aller verfügbarer Mittel, um Ermittlungen durchzuführen, Gerechtigkeit zu schaffen und Einzelne und Gruppen zu schützen, die

Schnelle Hilfe in Not



**MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN-
FONDS der CIR**

Wenn staatliche Schutzmaßnahmen versagen, fehlen oder gar der Staat selbst Menschenrechtsverteidiger*innen unterdrückt, anstatt sie zu schützen, dann kann die CIR dank ihres neuen Fonds Nothilfe leisten.

Bitte verteidigen Sie mit Ihrer Spende die Verteidiger*innen von Menschenrechten. Ein Beispiel: Rund 180 Euro kosten die Begleitung, sichere Unterbringung und Verpflegung pro Woche für eine*einen Menschenrechtsverteidiger*in in akuter Lebensgefahr.

Stichwort «MRV-FONDS»

Honduras

Für eine vielfältige Gesellschaft ohne Hass

In Honduras besteht zwischen formalen Rechten und Lebensrealität der LGBTI*-Bevölkerung eine große Kluft. Viele vermeiden ein Coming-out, werden von der Familie verstoßen, fürchten Stigmatisierung und werden im familiären oder sozialen Umfeld sowie am Arbeitsplatz diskriminiert. Vor allem gegen jene, die sich aktiv für ihre Rechte einsetzen, nehmen Verfolgung und Gewalt extreme Züge an. 41 LGBTI*-Personen wurden 2022 ermordet. Fast alle dieser Taten blieben ungesühnt. Besonders häufig sind Hassverbrechen gegen Transpersonen, vor allem gegen Transfrauen.

Unsere Partnerorganisation MDR (Movimiento de Diversidad en Resistencia) klärt auf und zeigt Menschenrechtsverletzungen an der LGBTI*-Bevölkerung international an. Sie fördert politische Handlungskompetenz und bietet psychologische Beratung. Da der Zugang zum formellen Arbeitsmarkt schwierig ist,



Daryana Palada (rechts) leitet den Sitz von MDR in San Pedro Sula, die Psychologin Jency Avila (links) ist bei MDR als Beraterin angestellt.

unterstützt sie zudem Initiativen für Einkommen schaffende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Mit Ihrer Spende geben Sie Halt!

Stichwort
«LGBTI»

GRUNDSÄTZE UNSERER PROJEKTARBEIT

Mit Ihrer Spende kann die Romero Initiative Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- globale Klimagerechtigkeit und Klimaschutz
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung der indigenen Bevölkerung

Nicaragua

Kein gutes Leben ohne gute Gesundheit

Im Programm „Ganzheitliche Gesundheit“ unterstützen unsere Partner*innen Frauen in Nicaragua dabei, physisch und psychisch gesund zu bleiben. Auf dem Land helfen sie ihnen etwa, unkompliziert für ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie ihre mentale und emotionale Stabilität zu sorgen. Durch männliche Gewalt, Armut und Perspektivmangel ist Letztere oft stark angegriffen. Sie erhalten gratis Vorsorgeuntersuchungen, etwa zur Früherkennung von Brust- oder Gebärmutterhalskrebs. Auch gibt es anonymen und psychologischen Beistand in Krisen. Auf Wunsch werden Therapien zur Traumabewältigung nach sexuellem Missbrauch angeboten.

Unterstützen Sie diese wichtige Gesundheitsarbeit mit einer Spende.

FOTOS: CIR

El Salvador

Gegen die Straflosigkeit

Die Organisation Tutela Legal (TL) untersucht und dokumentiert seit vielen Jahren Verbrechen gegen die Menschenrechte in El Salvador. Ein Team aus Jurist*innen zeichnet Berichte und Aussagen Betroffener und ihrer Angehörigen auf und erhebt Klage vor Gericht. Der im Land weitverbreiteten Straflosigkeit stellt Tutela Legal Fakten entgegen, mit denen sich die Gerichte beschäftigen müssen. Verweigern diese sich, beschreitet die Organisation internationale Klagewege. Diese Arbeit kostet viel Geld,

ist aber unerlässlich zur Wahrheitsfindung und um den Betroffenen Gerechtigkeit zu verschaffen.



Die Arbeit von Tutela Legal trägt zur Aufarbeitung von Verbrechen bei.

Bitte unterstützen Sie die mutigen Anwält*innen mit Ihrer Spende.

**Stichwort
«FRAUENGESUNDHEIT»**

**Stichwort
«TUTELA LEGAL»**

**IHRE
SPENDE
HILFT**

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunftsfähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden



CALDH setzt sich für die Rechte von Menschen ein, die unter Gewalt und Unterdrückung leiden. Anfang 2023 traf sich das CALDH-Team mit CIR-Kolleg*innen.

GUATEMALA IM WAHLJAHR

Der Kampf um den Erhalt der Demokratie

Zu Beginn eines wichtigen Wahljahres in Guatemala blicken unsere Partnerorganisationen mit Sorge in die Zukunft. Eine autoritäre und korrupte Elite hat den Staat weitgehend unter Kontrolle gebracht. Doch die Zivilgesellschaft kämpft weiter für eine nachhaltige und demokratische Entwicklung, die endlich auch die diskriminierte indigene Bevölkerung einschließt. Das zeigte sich bereits bei unserer Dienstreise zu Jahresbeginn.

TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Unser Besuch bei der CIR-Partnerorganisation CALDH im Januar verdeutlichte uns, wie stark in Guatemala die Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirkt. CALDH ist bekannt für sein Museum der Erinnerung, das die Gewalt gegen Indigene aufarbeitet. Anderson, ein ausgebildeter junger Museumsführer, zeigte uns die

Ausstellung. Besonders bedrückend war sein Bericht über den Genozid, den autoritäre Regierungen und Militärs in den 1980ern an Indigenen verübten. Das verwüstete Zimmer einer kleinbäuerlichen Familie versinnbildlicht die Gewalt während des Bürgerkriegs, die das Leben von über 200.000 Menschen auslöschte.

Menschenrechte und Demokratie sind bedroht

CALDH ist es ein Anliegen, dass junge Menschen die Geschichte ihres Landes kennenlernen. Die Aufarbeitung des Unrechts ist für sie kein Selbstzweck, denn Menschenrechte und Demokratie sind in Guatemala erneut bedroht. „Am Disput über die Vergangenheit entscheiden sich die Machtverhältnisse in der Gegenwart“, sagt Miriam Pixtun. „Die autoritäre Regierung und der ‚Pakt der Korrupten‘, bestehend aus konservativen Politiker*innen, kriminellen Unternehmen und Militärs haben die Justiz fest unter Kontrolle“, ergänzt Geschäftsführer Héctor Reyes.

CALDH vertritt vor Gericht Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. Diese Arbeit wird immer schwieriger, denn die Staatsanwaltschaft verfolgt systematisch Justizbeamte*innen, die gegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption vorgehen. Etliche Richter*innen und Staatsanwälte*innen wurden bereits aufgrund dubioser Vorwürfe inhaftiert. Mindestens 25 in der Justiz Beschäftigte trieb die Verfolgung in den letzten Jahren ins Exil.

Kritische Kandidat*innen von Wahlen ausgeschlossen

Die weitgehende Kontrolle der Institutionen ermöglicht es dem „Pakt der Korrupten“, Wahlen bereits im Vorfeld zu beeinflussen. Am 25. Juli wählt Guatemala Staatsoberhaupt, Kongressabgeordnete und Bürgermeister*innen. Für viele ist das aber wenig Grund für Optimismus, denn das Wahlgericht hat bereits viele Bewerber*innen ausgeschlossen. Am meisten Aufsehen hat der Ausschluss von Thelma Cabrera und Jordán Rodas erregt, Kandidat*innen der linken Partei MLP, die sich u.a. für die Rechte von Indigenen einsetzen. Dagegen sah das Gericht keinerlei Anlass für Beanstandungen bei der Kandidatur von Zury Ríos, Tochter des

wegen Genozids verurteilten Ex-Diktators Efraín Ríos Montt. Die erzkonservative Kandidatin hat Chancen, neue Staatspräsidentin zu werden. Geringe Chancen sieht CALDH für die verbliebenen progressiven Kandidat*innen. „Wir informieren die Bevölkerung aber weiter über unsere politischen Analysen“, sagt Héctor Reyes.

Für das schwedische Demokratieforschungsinstitut V-Dem hat Guatemala bereits vergangenes Jahr die Schwelle zur Autokratie überschritten. In seinem aktuellen Bericht stuft es das Land nicht mehr als Demokratie, sondern elektorale Autokratie ein: Wahlen finden zwar statt, sind aber nicht mehr fair und frei. Außerdem sind Grundrechte wie die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Dazu passt, dass in Guatemala seit einiger Zeit auch Journalist*innen kriminalisiert werden (siehe auch S. 10-12).



Das Museum der Erinnerung arbeitet die Gewalt in der Geschichte Guatemalas auf.



Die Frauen von AFEDES setzen auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Maya-Spiritualität.

Mit der Zerstörung demokratischer Institutionen, die im Rahmen des Friedensprozesses in den 1990ern aufgebaut wurden, will der „Pakt der Korrupten“ seine Vision von Gesellschaft und Staat umsetzen. In dieser soll die Bereicherung Einzelner Vorrang vor dem Gemeinwohl haben. Korruption und Straflosigkeit werden durch die Justiz gezielt geschützt. Neben dem Staat ist auch die Natur Opfer des rücksichtslosen Profitstrebens: Das extraktivistische Entwicklungsmodell der Regierung fördert die Produktion von Rohstoffen wie Nickel und Palmöl auf Kosten der Lebensgrundlagen der ländlichen Bevölkerung.

Die Zivilgesellschaft setzt sich zur Wehr

Bei unserem Besuch in Santiago Sacatepéquez berichtet unsere feministische Partnerorganisation AFEDES von den Folgen der Missachtung des Gemeinwohls. „Wir sind sehr besorgt, weil in Guatemala die Armutsrate steigt. Viele Menschen, vor allem Kinder, sind unterernährt, obwohl das Bruttoinlandsprodukt Guatemalas gut ist“, sagt Milvian Aspucac. „Wenn der Staat sich nicht um das Gemeinwohl kümmert, müssen

wir es machen“, so ihr kämpferisches Fazit. AFEDES zeigt den Menschen, wie sie mit agrarökologischen Methoden gesunde Nahrungsmittel produzieren oder durch traditionelle Webkunst Einkommen erzielen können.

Auch die Umweltorganisation Madre Selva, die wir in der Hauptstadt besuchen, nutzt die verbliebenen Spielräume, um für eine nachhaltige Entwicklung zu kämpfen. Das Kollektiv organisiert z.B. Volksbefragungen gegen Bergbauprojekte. „Auch wenn der ‚Pakt der Korrupten‘ an der Macht ist, setzen wir weiter auf den Rechtsstaat!“, sagt Mario Minera von Madre Selva. Unser Besuch in Guatemala macht uns erneut klar: Eine starke und kritische Zivilgesellschaft ist unabdingbar, damit das Land nicht in die dunkelsten Zeiten des 20. Jahrhunderts zurückfällt. ■

Erfolg für kriminalisierte Landverteidiger!

CIR-Unterstützer*innen spendeten vor zwei Jahren für das guatemaltekeische Menschenrechtszentrum CALDH, um der Organisation Rechtsbeistand für 21 kriminalisierte Landverteidiger zu ermöglichen. Die Männer, Teil der indigenen Gemeinde Chicoyoguito, hatten sich friedlich für die Verteidigung ihrer Landrechte eingesetzt. Nach dem Vorwurf illegaler Landesbesetzung wurden sie im Juni 2021 verhaftet. Unter anderem dank Ihrer Unterstützung konnte CALDH nach langen Verhandlungen zunächst ihre Freilassung und im Januar 2023 ihren Freispruch erwirken.

Unterstützen Sie auch weiterhin den wichtigen Einsatz der Organisation für kriminalisierte Aktivist*innen!

Stichwort «CALDH»



Xiomara Castro auf Auslandsreisen, hier beim Treffen mit dem spanischen Ministerpräsident Pedro Sánchez im Februar 2023. In Honduras sind viele Wähler*innen enttäuscht von ihrer Politik.

Noch Luft nach oben

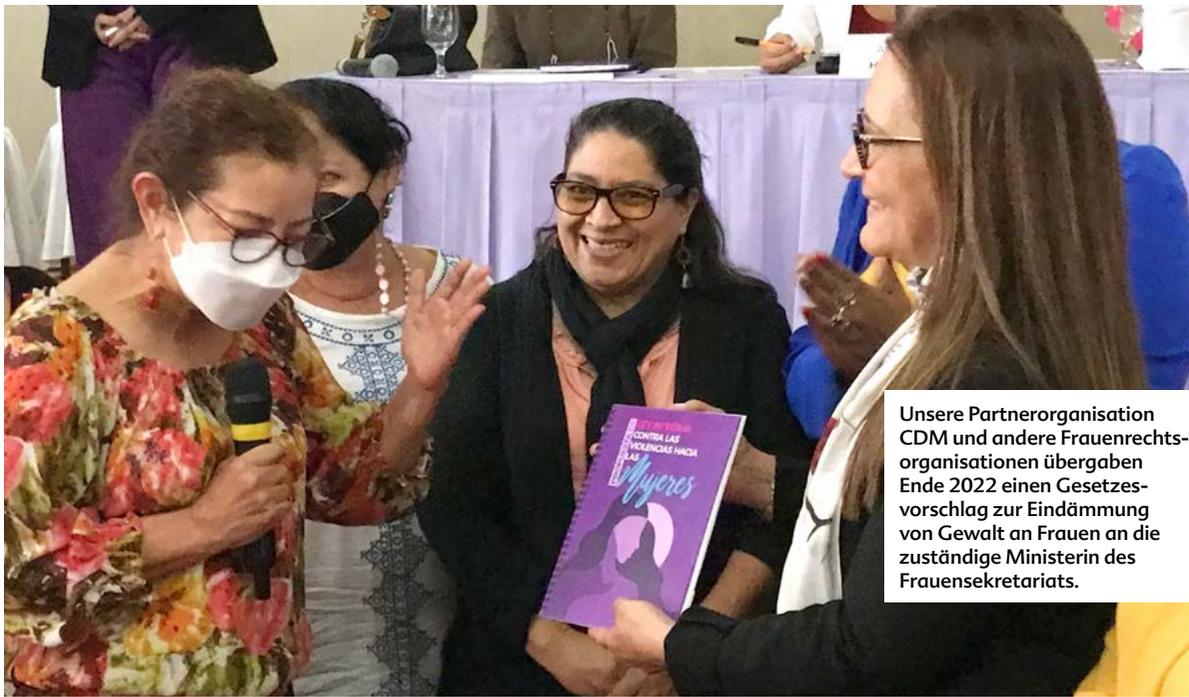
Eine Zwischenbilanz zu Castros Präsidentschaft in Honduras

Als Xiomara Castro ihr Amt als Präsidentin von Honduras antrat, waren die Erwartungen an sie sehr hoch. Sie löste einen Vorgänger ab, der das Land im Schulterchluss mit traditionellen Eliten und wirtschaftlich Mächtigen regelrecht ausverkauft hatte – Raubbau an der Natur, Abbau demokratischer Strukturen, Repression der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsvergehen inklusive. Aber macht sie es besser? TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Derart hoch hing die Latte ihrer Wahlversprechen, dass es nicht verwundert, wenn sich nun immer deutlicher abzeichnet, dass Castro sie reißen wird. Sie startete ihre Präsidentschaft mit der Botschaft: „Heute beginnt die Regierung des Volkes“ – und einer langen Vorhabenliste: Kampf gegen Kor-

ruption, Drogenhandel und organisiertes Verbrechen. Entmilitarisierung, Polizeireform, Eindämmung der Migration und vieles mehr.

Viele hatten sie nicht nur aus Hoffnung gewählt, sondern vor allem aus Protest, um den damaligen Präsidenten Hernández endgültig abzuwählen. Das Land feierte, als >



Unsere Partnerorganisation CDM und andere Frauenrechtsorganisationen übergaben Ende 2022 einen Gesetzesvorschlag zur Eindämmung von Gewalt an Frauen an die zuständige Ministerin des Frauensekretariats.

er nach Ende seiner Amtszeit wegen Korruption und Verstrickung in den Drogenhandel an die USA ausgeliefert wurde, wo er nun eine Gefängnisstrafe verbüßt.

Trotz Präsidentschaft zu wenig Macht und Einfluss

Die früheren Machthaber aber üben immer noch viel Einfluss aus und reagieren sehr sensibel auf soziale Modernisierung, insbesondere, wenn dabei ihre Privilegien angetastet werden. Zudem existieren enge Verbindungen etwa zwischen Behörden und organisierter Kriminalität. Castro bewegt sich also noch immer in demselben System, das sich so leicht nicht erneuern lässt. Zudem fehlt ihrer Koalition die Mehrheit im Parlament. Da wundert es nicht, dass ihre Fortschritte bislang nur Trippelschritten ähneln.

Bezeichnend für das Fehlen von Macht und Einfluss ist etwa, dass die Repression gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, vor allem indigene Landrechtverteidiger*innen und Umweltschützer*innen, nicht weniger wurde. Die Mordrate fällt nicht, sie steigt sogar an. Eine unhaltbare Situation.

Zivilgesellschaft gibt die Hoffnung nicht auf

Aber trotz mitunter großer Enttäuschung: Castro genießt in weiten Teilen der Gesellschaft nach wie vor Rückhalt. Die sozialen Initiativen haben die Hoffnung noch nicht aufgeben. In der feministischen Bewegung wird die Präsidentin für ihren Einsatz für Frauenrechte anerkannt. Castro gründete ein Sekretariat für Frauen und hat ihr Wahlversprechen zur Legalisierung der „Pille danach“ eingelöst. Die Diskussion eines Gesetzesentwurfs zur Vorbeugung und Eindämmung der Gewalt gegen Frauen lässt allerdings auf sich warten. Dieser wurde maßgeblich von unserer Partnerorganisation, dem Frauenrechtszentrum CDM (Centro de Derechos de la Mujer), erarbeitet und vorangetrieben.

Der Rückhalt aus der Frauenbewegung ist aber alles andere als blind. So hat etwa die Tatsache, dass mit Mel Zelaya Castros Mann offiziell ihr erster Berater ist, auch für sie einen Beigeschmack. Zelaya war als Präsident ebenso beliebt wie polarisierend und den Eliten ein Dorn im Auge. Das Ende seiner

FOTO: CIR

Präsidentschaft durch einen Putsch 2009 politisierte die honduranische Gesellschaft nachhaltig.

Kein Ende der Vetternwirtschaft

Entsteht hier die nächste Familiendynastie, ein Herrscherpaar wie in Nicaragua? Diese Frage wird inzwischen immer häufiger laut, und die Befürchtung scheint nicht unbegründet. Nepotismus ist eine der typischen Praktiken des politischen Systems in Honduras. Schlüsselpositionen in der Verwaltung werden an enge Verwandte vergeben. Auch unter der Castro-Regierung ist das der Fall: Zwei Söhne der Präsidentin sind ihre Berater, einer ihr Privatsekretär. Der Verteidigungsminister ist ihr Neffe, ihr Schwager Sekretär des Kongresses, in dem eine ihrer Töchter als Abgeordnete sitzt.

Im Februar 2023 wurde in Honduras der Oberste Gerichtshof neu gewählt. Obwohl die Nominierungskommission für ihre gründliche Prüfung und sorgfältige Auswahl gelobt wurde, schafften es letztlich doch Kandidat*innen ins Amt, an deren Rechtschaffenheit Zweifel bestehen. So ist einer der neuen Richter*innen, ein ehemaliger Staatsanwalt, Verteidiger des Ex-Präsidenten Hernández und vertritt auch einige in Korruptionsfälle verwickelte Abgeordnete. Positiv ist aber, dass zum ersten Mal in der Landesgeschichte eine Genderparität in der Besetzung des Gerichtshofs erreicht wurde.

Nur schleppender Fortschritt im Kampf gegen Korruption

Diese Wahl war eine der UNO-Bedingungen zur Einrichtung einer für Honduras wichtigen Kommission, in die viel Hoffnung gesetzt wird: eine Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung, die sogenannte CICIH (Comisión Internacional contra la Impunidad Honduras/Internationale Kommission gegen Straflosigkeit Honduras). Noch 2020 hatte

unter der Vorgängerregierung eine ähnliche Arbeitsgruppe der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) ihre Arbeit einstellen und das Land verlassen müssen. Sie hatte zu tief gegraben.

Castro hatte mit dem Einsatz einer neuen Antikorruptionsgruppe geworben und die Vereinten Nationen dafür um Hilfe gebeten. Nach über einem Jahr sind entsprechende Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, vor allem, weil geforderte Änderungen im Geldwäschegesetz bislang nicht vollzogen wurden. Außerdem hapert es wohl auch noch an der Finanzierung der Kommission. Der ersehnte Startschuss für diese Arbeitsgruppe wäre ein großer Schritt auf dem Weg zu mehr Transparenz und damit die dringend benötigte Grundlage für eine lebendige Demokratie. ■

Einsatz für den Rechtsstaat

Nach dem Putsch 2009 wurde der Rechtsstaat in Honduras unterminiert. Aktivist*innen werden kriminalisiert, korrupte Eliten genießen Straffreiheit. Unsere Partnerorganisation CDM setzt sich für die Wiederherstellung einer unabhängigen Justiz ein. Dazu erarbeitet sie Stellungnahmen in der CCI (Coalición contra la Impunidad/Koalition gegen Straflosigkeit). In ihr sind über 30 Verbände mit dem Ziel zusammengeschlossen, gegen Korruption und für demokratische Teilhabe zu kämpfen. Das CDM unterstützt die CCI-Mitglieder beim Aufbau von Kompetenzen für bessere Kampagnenarbeit.

Setzen Sie sich mit Ihrer Spende für Transparenz im honduranischen Justizsystem ein.

Stichwort «RECHTSSTAAT»

Endspurt für das
EU-Lieferkettengesetz:

Wo wir heute stehen

Das deutsche Lieferkettengesetz ist seit Anfang des Jahres in Kraft, das europäische Lieferkettengesetz in der heißen Verhandlungsphase. Damit es nicht dieselben Schwächen aufweist wie sein deutsches Pendant, haben wir in der Initiative Lieferkettengesetz (ILG) in den vergangenen Monaten noch mal alle Kräfte mobilisiert.

TEXT: SARAH LETHMATE (CIR)



Seit Anfang des Jahres ist es der Wirtschaftslobby gelungen, Einfluss auf den europäischen Gesetzesentwurf zu nehmen und verbindliche Sorgfaltspflichten abzuschwächen oder Schlupflöcher für Unternehmen zu finden. Dabei spielte auch die CDU eine traurige Rolle. Um der Wirtschaftslobby lautstark entgegenzutreten, hat sich die Initiative Lieferkettengesetz dem europaweiten „Justice is everybody’s Business“-Bündnis angeschlossen (kurz: JIEB, auf Deutsch: Gerechtigkeit geht jede*n an). Und

erneut zu Protesten gegen die wirtschaftsfreundlichen Verwässerungen aufgerufen. Mit der Kampagne #WiesoWeshalbDarum und Mitmachpostkarten erinnern wir insbesondere die deutschen Europaabgeordneten an die vielen guten Gründe für strenge unternehmerische Sorgfaltspflichten.

Viel Verwässerung...

Ende April stimmte dann der federführende Rechtsausschuss des EU-Parlaments über seine Position ab. Leider ist es der CDU auch

Mehr Einbeziehung von Menschen aus dem Globalen Süden!

Es gibt viele gute Gründe für ein starkes EU-Lieferkettengesetz! Das aktuelle ILG-Kampagnenmaterial listet einige davon auf.

hier gelungen, die Verwässerungen in Teilen durchzusetzen. So sollen Konzerne laut Rechtsausschuss nicht unmittelbar für Schäden haften, die ihre ausländischen Tochterunternehmen verursacht haben. Die Vorschläge des Ausschusses gelten als wegweisend für die Abstimmung im Europäischen Parlament.

... aber auch viel Gegenwind

Um das Ruder doch noch herumzureißen, fanden im Rahmen einer europaweiten Aktionswoche vom 22. April bis 1. Mai verschiedene Protestveranstaltungen statt. Darunter der Rana Plaza-Gedenktag, an dem auch wir in Münster mit einer Straßenaktion an die Opfer des Einsturzes der Textilfabrik vor zehn Jahren erinnerten. Auch am Tag der Arbeit gingen an vielen Orten in Europa Menschen für die Rechte von Arbeiter*innen und bessere Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten auf die Straße und forderten ein starkes EU-Lieferkettengesetz. Parallel dazu schrieben Aktivist*innen über ein digitales Mitmachinstrument ihre Europaabgeordneten auf Twitter an, um diese von der Notwendigkeit einer starken gesetzlichen Regulierung zu überzeugen.

Das EU-Parlament stimmte schließlich Ende Mai final über das Lieferkettengesetz ab, welches sich nun in der Trilogphase befindet, in der die Europäische Kommission, der Ministerrat und das EU-Parlament über den finalen Gesetzestext verhandeln. Das Abstimmungsergebnis konnten wir leider in dieser Ausgabe nicht mehr aufnehmen, da die Abstimmung nach Druckbeginn stattfand. ■

Lieferkettengesetze sollen Menschen- und Arbeitsrechte entlang der gesamten Lieferkette eines Produktes schützen und stärken und Unternehmen für Rechtsverletzungen haftbar machen. Daher ist für uns der Austausch über die Gesetze und Entwürfe und die Vernetzung mit Menschen aus Produktionsländern zentral.

*Aufeiner von der CIR organisierten Delegationsreise trafen sich im Februar 2023 Vertreter*innen der deutschen Zivilgesellschaft und der Allianz für Menschenrechte in brasilianischen Lieferketten, um über das Potenzial des EU-Lieferkettengesetzes für den Kaffee- und Orangensektor in Brasilien zu sprechen. Es wurde die Forderung laut, dass die Perspektive von Betroffenen von Rechtsverletzungen noch viel mehr berücksichtigt werden müsste – hauptsächlich bei der Entwicklung von Präventionsmaßnahmen von Unternehmen.*

*Wie das in der Praxis aussehen könnte, zeigt ein Beispiel aus dem brasilianischen Kaffeesektor: Dort soll ein Beschwerdemechanismus, „Nossa Voz“ (Deutsch: Unsere Stimme), verankert werden, der Arbeiter*innen, Unternehmen und die Gewerkschaft für Landarbeiter*innen CONTAR an einen Tisch bringt, um gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und mehr Teilhabe zu gewährleisten. Beschwerden können bei CONTAR eingereicht werden, die sich dann um die Koordination des weiteren Prozesses kümmern. „Hier kann und muss der Globale Norden vom Globalen Süden lernen“, sagt Dr. Andréa Moraes Barros, CIR-Referentin für nachhaltigen Orangensaft.*



Hoffnung für Landlose und Kleinbäuerinnen und -bauern

*Die neue brasilianische Regierung unter Präsident Lula da Silva setzt auf nachhaltiges Wirtschaften und verspricht groß angelegte Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und des Regenwaldes. Auch Kleinproduzierende und Landlose hoffen auf Unterstützung sowie den Wandel der Agrarpolitik. Gemeinsam mit Journalist*innen sind wir Anfang des Jahres nach Brasilien gereist. Denn es braucht mehr globale Aufmerksamkeit für die Situation kleiner und nachhaltiger Produzent*innen unserer Nahrungsmittel.*

TEXT: SANDRA DUSCH UND SARAH LETHMATE (BEIDE CIR)

Die vier Jahre der Regierung Bolsonaro haben ein zerrüttetes Land hinterlassen. Im Mittelpunkt seiner Agrarpolitik stand die massive Förderung des agroindustriellen Produktionsmodells für den Export, gekennzeichnet durch extremen Pestizideinsatz und die großflächige Rodung von Regenwäldern für mehr Agrarfläche. Gleichzeitig stieg die Zahl der Brasilianer*innen, die von Hunger bedroht sind im Jahr 2022 auf über 33 Millionen (15 % der Bevölkerung); ein drastischer Anstieg seit der letzten Erhebung im Jahr 2020. Neben den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie spielen auch der Abbau von

Sozialprogrammen und Programmen zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie die zunehmende Landkonzentration eine wichtige Rolle bei dieser alarmierenden Entwicklung. Ein trauriges Erbe für Marina Silva, die neue Umweltministerin im Amt: „Niemand gewinnt, wenn wir die Umwelt weiter zerstören, den Klimawandel fördern, sich so die Regenperioden verschieben und folglich nichts wächst. Klimawandel verstärkt Ungleichheit und am meisten davon betroffen sind die sozial Schwachen“, sagt sie uns bei einem Treffen.

Monokulturen verdrängen Mensch und Natur

Der expandierende Sojaanbau ist ein Paradebeispiel für Bolsonaros profitorientierte Politik. Die großen landwirtschaftlichen Betriebe haben vielfältige Kulturen verdrängt, zu Verschmutzung und Übernutzung von Flüssen und Grundwasserbecken geführt, die Böden kompakt und wasserdicht zurückgelassen, den Verlust der biologischen Vielfalt verursacht und das lokale Klima verändert.



Unsere Reise mit Journalist*innen hat verdeutlicht, wie nötig ein Wandel der Agrarpolitik in Brasilien ist.

Ein Besuch im Cerrado im Februar 2023, den Feuchtsavannen im Südosten Brasiliens, hat uns die zerstörerischen Ausmaße vor Augen geführt: Wo einst eine große Pflanzenvielfalt wuchs, steht heute nur noch Soja. Mit der Expansion des Sojaanbaus im Cerrado einherging die Verdrängung der traditionellen Gerazero-Bevölkerung, deren Existenzgrundlagen auf ein Minimum geschrumpft sind.

Agrarökologie für die Zukunft

Mit dem Amtsantritt von Lula da Silva im Januar 2023 kehrte für viele traditionelle wie indigene Gemeinschaften, aber auch Kleinproduzierende und die Landlosen Brasiliens die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zurück. Für die Verteilung und Nutzung von Land sowie den Umweltschutz setzt sich seit Jahren die Landlosenbewegung MST ein. Mit nicht unumstrittenen Landbesetzungen

kämpft sie für die Rechte der Arbeiter*innen und für eine Abkehr von der großflächigen Agrarindustrie. „Unsere Arbeiter*innen produzieren in Brasilien gut 80 Prozent der Lebensmittel, meist agrarökologisch“, erklärte uns die MST-Koordinatorin Liu Durães, die wir bei einer Besetzung im Osten Brasiliens trafen. Ihre Forderung: nachhaltiger Anbau von Lebensmitteln nicht für den Export, sondern für die brasilianische Bevölkerung! In eigenen Schulen erforscht MST dazu agrarökologische Anbaumethoden.

Dass es anders geht, zeigen auch Kooperativen in Rio Real: Hier produzieren Kleinbäuerinnen und -bauern fair gehandelte Orangen und vermarkten ihren Saft bis nach Europa. Doch auch sie sind nach vier Jahren Bolsonaro auf die Unterstützung der neuen Regierung angewiesen. Nicht nur, damit sie weiterhin aus Überzeugung ökologisch produzieren können. Der Kampf für die Agrarwende ist für sie auch zu einem Kampf ums Überleben geworden. ■

Unsere Empfehlung

Im Zuge unserer Delegationsreise nach Brasilien sind einige Medienberichte entstanden. Besonders empfehlen möchten wir die Kurzreportage des Y-Kollektivs unserer zweiwöchigen Reise nach Brasilien „Ausgebeutet für unser Essen. Wie die Agrarindustrie in Brasilien Menschen vertreibt“:

<https://www.zdf.de/funk/ykollektiv-1059/funk-ausbeutung-in-brasilien-wie-unsere-lebensmittel-produziert-werden---y-kollektiv-102.html>



Ein besonderer Nachlass für die Zukunft:

Der Menschenrechts- verteidiger*innen- Fonds der CIR



Schnelle Hilfe in Not



**MENSCHENRECHTS-
VERTEIDIGER*INNEN-
FONDS** der CIR

*Immer wieder berichten wir über Menschen aus Mittelamerika, die für universelle Rechte einstehen und deshalb Gefahren ausgesetzt sind. Um diese mutigen Menschen in Notsituationen unterstützen zu können, hat die CIR den Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds ins Leben gerufen. Das Geld aus diesem Fonds finanziert sichere, temporäre Unterkünfte inklusive Verpflegung ebenso wie juristische Beihilfe, die Ermöglichung von Weiterarbeit in alternativen, geschützten Räumen oder die kurzfristige Überbrückung von Lohnausfall. Psychologische Beratung, sichere Transporte und die Begleitung bei Behördengängen – diese und andere lebensnotwendige Maßnahmen werden aus dem Fonds bezahlt.*

Der Grundstein für die Errichtung des Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds wurde durch eine großzügige Testamentspende zugunsten der CIR gelegt. Dafür sind wir sehr dankbar. Mit weiteren Zuwendungen soll der Fonds wachsen, um mehr bedrohten Aktivist*innen in Mittelamerika Schutz und

Sicherheit zu bieten. Weil viele Menschen den Wunsch haben, mit ihrem Erbe anderen zu helfen und die Zukunft über das eigene Leben hinaus aktiv mitzugestalten, haben wir einige wichtige Informationen zum Thema Testamentsspenden für Sie zusammengestellt:

- **Das Testament ist der einzige Weg, den eigenen Nachlass nach persönlichen Wünschen zu gestalten.** Ohne Testament erben nach dem Gesetz die Angehörigen, die besonderen Wünsche der Erblasser*innen werden dabei nicht berücksichtigt. Sind keine Angehörigen vorhanden und ist kein Testament verfasst, fällt das Vermögen dem Staat zu.
- Neben Menschen, die für Sie wichtig sind, kann auch eine Organisation testamentarisch bedacht werden, deren Werte Sie teilen. **Als gemeinnützige Organisation ist die CIR vollständig von der Erbschaftssteuer befreit.**
- **Aus einem Testament sollte klar hervorgehen, wer als Erb*in eingesetzt wird.** Diese Person übernimmt den Besitz, aber auch alle Rechte, Pflichten und Verbindlichkeiten der Erblasser*in. Die Testamentsvollstreckung ist Aufgabe der Erb*innen. Alternativ kann im Testament auch eine andere Person des Vertrauens als Testamentsvollstrecker*in eingesetzt werden.
- Ein Vermächtnis ist der einfachste Weg, mit einem Teil des Nachlasses (z.B. ein konkreter Geldbetrag, eine Immobilie oder ein Sparbuch) eine gemeinnützige Organisation wie die CIR zu bedenken. Die Erb*innen sind in diesem Fall verpflichtet, die eingesetzten Vermächtnisse zu erfüllen.
- **Wichtig für die Gültigkeit des Testaments ist die richtige Form: eigenhändig und kostenlos oder kostenpflichtig und notariell verfasst.** Eigenhändige Testamente müssen komplett per Hand geschrieben, mit Vor- und Nachnamen unterschrieben und mit Angaben zum

Ort und Datum versehen werden. Egal ob eigenhändig oder notariell – in beiden Fällen kann das Testament jederzeit widerrufen, ergänzt oder abgeändert werden. **Das zuletzt datierte und unterschriebene Dokument hat Gültigkeit.**

- Wenn Sie die CIR in Ihrem Testament bedenken möchten, benötigen Sie folgende Angaben:

**Christliche Initiative Romero, CIR,
Schillerstr. 44a, 48155 Münster,
Vereinsregisternummer: VR 2424**



- Unter www.ci-romero.de/testamente finden Sie **Musterformulierungen** für Testament, Erbeinsetzung und Vermächtnis sowie einige Antworten auf die Frage, wie sich über das eigene Leben hinaus Gutes tun lässt. ■

Für weitere Fragen bei der Erstellung Ihres Testaments steht Ihnen vertrauensvoll und unverbindlich **Maria Wilmer**, unsere Referentin für Spendenwesen, zur Verfügung.



Telefon:
+49 251 / 67 44 13-31

E-Mail:
wilmer@ci-romero.de

Ein Hoch auf unsere Volontär*innen!

Für uns gab es in den vergangenen Wochen viele gute Gründe, auf der Straße und in den Medien Präsenz zu zeigen: Zum zehnten Jahrestag der Katastrophe von Rana Plaza, mit einer Aktionswoche zum Thema Agrarökologie und der Mobilisierung vor der finalen Abstimmung über ein europäisches Lieferkettengesetz sind wir aktiv geworden. Eher im Hintergrund, aber den Arbeitsalltag vieler Teammitglieder bestimmend, lief die Ausarbeitung von Finanzierungsanträgen für unsere Kampagnenarbeit.

Bei all diesen Aufgaben unterstützen uns seit Langem wunderbare junge Menschen, die ihr Volontariat bei uns absolvieren. Das



dauert in der Regel ein Jahr, das gefühlt wie im Flug vergeht. Zuletzt mussten wir uns von **Helen Strauss** und **Sina Trölenberg** verabschieden. Vielen Dank für eure wertvolle Unterstützung und die besten Wünsche für die Zukunft!

Gleichzeitig begrüßen wir **Lea Athmer** als neue Volontärin, die in der Kampagne für Klimagerechtigkeit mitarbeiten wird. Herzlich willkommen im CIR-Team!



FOTOS: GREENPEACE MÜNSTER, CIR

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für all Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zuwendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer (**E-Mail: wilmer@ci-romero.de, Tel.: +49 (0) 251 / 67 44 13-31**). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- einmalig monatlich
 1/4-jährlich 1/2-jährlich jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- Projektarbeit Fördermitgliedschaft
 Öffentlichkeitsarbeit

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

IBAN / Konto-Nr.

BIC / BLZ

Bank

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an: shop@ci-romero.de

EMPFEHLUNG
 Neue Multimedia-Reportage
 „Wer zahlt für Deutschlands Fleischhunger?“
www.ci-romero.de/sojareportage

Noch einfacher: **Online bestellen unter www.ci-romero.de/bestellen**

Romero Initiative	EURO	EXPL.
presente 2/2023 (vorliegend) NEU!		
Flyer: Menschenrechtsverteidiger*innen-Fonds der CIR Schnelle Hilfe in Not	gratis	
CIR-Spendenbox		
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft		
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto	
Faire öffentliche Beschaffung		
Factsheet: Lebensmittel beschaffen: So wird's fair O-Saft <input type="checkbox"/> Bananen <input type="checkbox"/> Kaffee <input type="checkbox"/> Kakao <input type="checkbox"/> Fleisch <input type="checkbox"/>		
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!	gegen Porto	
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!		
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin		
Öko-fairer kirchlicher Einkauf		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto	
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?		
Kleidung		
Minibroschüre: Offensiv für Fairplay – Das nachhaltige Trikot: Anstoß für Fans und Vereine	gegen Porto	
Mini-Magazin: Unhaltbar. Zum Zustand des modernen Fußballs.		
Broschüre: Moral im Abseits – Profite gegen Menschenrechte: das kalkulierte Foulspiel der Sportindustrie	4,00	
Dossier: Fast Fashion Eine Bilanz in drei Teilen	5,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterreihe zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in DIN A1)	20,00	
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion		
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto	
Infoblatt: Was kann ich tun?		
Klimagerechtigkeit		
Broschüre: Wo soll die Reise hingehen? Klimagerechte Zukunft oder zerstörerische Katastrophe	gegen Porto	
Systemwandel		
Wanderausstellung: Genug für alle – Wirtschaftswandel wagen (3 Stecktürme) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/Telefon)		
Leitfaden: Wandelmut! Wie wir eine sozial-ökologische Wirtschaft gestalten	3,00	
Leporello/Faltbüchlein: So schön kann Zukunft sein – Wirtschaft neu denken.	gegen Porto	
Initiative Lieferkettengesetz		
Postkartenset: Gute Gründe für ein EU-Lieferkettengesetz (4 Motive) NEU!		
Aktions-Postkartenset: Mein Grund für ein Lieferkettengesetz (4 Karten zum selbst Ausfüllen)		
Info-Poster-Set: Gute Gründe für ein EU-Lieferkettengesetz (4 DIN-A2-Poster) NEU!		
Info-Poster 1: Zugang zu Recht (Amila)		
Info-Poster 2: Klima und Umwelt (Meeresspiegel)	gegen Porto	
Info-Poster 3: Finanzbranche (Gewinne mit Gewissen)		
Info-Poster 4: Zertifizierungen (Greenwashing)		
Aufkleber-Set: „Yes EU Can!“ (50 Stück)		
Kampagnenflyer: #yesEUcan		
Kampagnenplakat: „Großes starten“		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Ein starkes Lieferkettengesetz für Europa!		
Kritischer Konsum		
Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2022)	2,00	
Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2022): Die kleine Übersicht fürs Portemonnaie		
Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Restbestände der Auflage 2017/18)		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Spielzeug ist politisch!		
Minibroschüre: Menü4Münster NEU!		
Prospekt-Persiflage (Adbust): Was hinter Schnäppchen steckt	LIDL <input type="checkbox"/> EDEKA <input type="checkbox"/> KIK <input type="checkbox"/>	
Supermärkte und Lebensmittel		
Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittelverpackungen von mai vietnamese handicrafts, (DIN- A4) BLAU <input type="checkbox"/> ORANGE <input type="checkbox"/> GRÜN <input type="checkbox"/>	5,00	
Kochbuch: Gutes Essen für alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
Sticker-Postkarte: Geschmacklose Zutaten		
Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?	gegen Porto	
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie		
Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Wanderausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN-A2 Plakate) (nur zur Ausleihe, Terminanfrage per E-Mail/ Telefon)		

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Datum / Unterschrift

Bitte schicken Sie mir den **E-Mail-Newsletter** der CIR zu.



Romero Initiative (CIR)
 Schillerstraße 44a
 D-48155 Münster
 Telefon +49 (0) 251/67 44 13-0
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

OUR FOOD
OUR FUTURE
WE ARE HUNGRY FOR JUSTICE

Wer zahlt für Deutschlands Fleischhunger?

IN DIESER MULTIMEDIA-REPORTAGE FOLGEN WIR DER SPUR DER
SOJABOHNEN NACH BRASILIEN, WO IHR ANBAU VERHEERENDE SCHÄDEN
ANRICHTET FÜR INDIGENE GEMEINSCHAFTEN, UMWELT UND
TRINKWASSER.



JETZT HIER



ANSEHEN

WWW.CI-ROMERO.DE/SOJAREPORTAGE